

Spandauer Zeitung

Stücknummer 10 Pfennig

Bezugspreis: Wöchentlich 40 Pf. und 5 Pfennig für Botenlohn. Beim Bezuge durch die Postanstalten für den Monat 2 Mark auschl. Postgebühren. — Im Falle von Betriebsstörung, Streik oder Auslieferung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Mindererstattung des Bezugspreises. — Druck u. Verlag: Stüdemann & Co., Spandau. — Verantwortl. Schriftleiter: für Politik Dr. Bruno D. Hahn, Wilmersdorf, für Lokales und den übrigen Teil Georg Eichenbach, für Anzeigen Bruno D. H. Sander, beide Spandau.

General-Anzeiger für Spandau und Umgegend

Ämtliches Organ

mit rechtsverbindlicher Publikationskraft

für staatliche und kommunale Behörden

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und gesetzlichen Feiertage. Geschäftsstelle Berlin-Spandau, Neudorfer Straße 101. Fernruf: Alle Anschlüsse unter Sammelnummer 4071.



Regelmäßige Beilagen. Wöchentlich: „Spand. Woch. Zeitung“ — „Spand. Romanzeitung“ — „Die Frau und ihre Welt“ — „Der Kleinrentner“ — „Neue u. Versteht“, 14 täglich: „Jedem. Rundschau“, „Film“.

Anzeigenpreise: Die schmalste Seite oder deren Raum 30 Pf. Die dreizehnpaltige Seite 1,80 Pf. Die Beilagengebühr beträgt 20 Pf. für das Layout, die Offertengelder 30 Pf. — Für das Erhalten von Anzeigen an bestimmten Tagen oder Stellen wird keine Gewähr übernommen. — Bankkonten: Spar- und Nationalbank, Postsparkasse Spandau, Internationale Handelsbank Spandau, Spandauer Bank, e. G. m. b. H., Spandau. — Postfach 6. Konto: Berlin N. 3. Nr. 1707.

Nummer 92.*

Dienstag, 21. April 1931.

38. Jahrgang.

Wir und Südslawien.

Zur Reise deutscher Industrieller.

Deutsche Industrielle aus dem Ruhrgebiet und aus Sachsen werden sich Ende dieses Monats nach Südslawien begeben. Es handelt sich hier um keine offizielle Expedition. Die deutschen Industrieführer beabsichtigen, die wirtschaftlichen Verhältnisse in den größten und zukunftsreichsten Balkanstaaten kennenzulernen und die Möglichkeit deutscher Mitarbeit zu erkunden. Die Einladung zu dieser Studienreise ist beziehungsweise von südslawischen Wirtschaftskreisen ausgegangen. Das umfangreiche und genau ausgearbeitete Reiseprogramm sieht Besuche und Führungen in einer großen Anzahl landwirtschaftlicher und industrieller Betriebe vor. Daß man sich nach Beendigung der Rundfahrt auch über industrielle Aufträge unterhalten wird, ist zum mindesten wahrscheinlich.

In Südslawien besteht schon seit langem der Wunsch, die wirtschaftlichen Beziehungen zum Deutschen Reich zu vertiefen. Der deutsch-österreichische Zollverein fand hier im Gegensatz zu Prag und Paris einen freundlichen Widerhall. Diese anständige Haltung der Südslawen hat bei uns einen gewissen Eindruck gemacht. In der Tat steht ja auch der Zollverein einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Südslawien nicht im Wege.

Südslawien ist bekanntlich ein Agrarstaat. Vier Fünftel seiner Bevölkerung betätigen sich in der Landwirtschaft. Angebaut werden vorzugsweise Weizen, Mais, Gerste, in geringerer Menge auch Roggen. Auf der Ackerwirtschaft baut sich die Viehwirtschaft auf, die gute Erträge abwirft. Als Wirtschaftsfaktoren kommen denn noch die Obst- und Weingärten hinzu und die Forstwirtschaft. Dem wirtschaftlichen Aufbau des Landes entspricht die Ausfuhr. An der Ausfuhr des Jahres 1930 sind Rohstoffe und Halbfabrikate mit etwa 44 v. H., Nahrungsmittel und Getränke mit 31, lebendes Vieh mit 11 v. H. beteiligt. Die Industrie fällt der Landwirtschaft gegenüber kaum ins Gewicht. Es fehlt hier vor allem an Kapital. Allerdings darf man nicht übersehen, daß die Industrialisierung des Landes allmählich fortschreitet. Die Zahl der Industrieunternehmen konnte sich von 1891 im Jahre 1918 auf 4031 im Jahre 1929 vergrößern. Der Reichtum Südslawiens an Wasserkräften und an Bodenschätzen (Kupfer, Eisen, Kohle, Blei, Mangan) bietet immerhin der Industrie gewisse Entfaltungsmöglichkeiten.

In der Hauptsache lebt die Bevölkerung Südslawiens jedoch von der Landwirtschaft. Die Stodung des landwirtschaftlichen Abfahes hat gerade Südslawien schwer getroffen. Das ganze Jahr 1930 hindurch wehrte sich das Land gegen die Wirtschaftskrise. In den ersten drei Vierteljahre 1930 konnten nur rund 200 000 Tonnen Weizen ausgeführt werden gegenüber 304 000 Tonnen im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der Wert der Weizenausfuhr ging sogar von 700 auf 394 Millionen Dinar zurück. Wechsliche Krisenerscheinungen zeigte übrigens auch die Holzindustrie. So kam es, daß der Außenhandel, der im Jahre 1929 hochaktiv war, im Krisenjahr 1930 passiv wurde. Die rückläufige Bewegung scheint auch, wie aus den neuesten Außenhandelsausweisen hervorgeht, im Jahre 1931 anzuhalten.

Das Bauernland Südslawien und der Industriestaat Deutschland könnten sich wirtschaftlich vortrefflich ergänzen. Ein Blick auf den Außenhandel der beiden Länder mag da am Platze sein. In den ersten Dreivierteljahre 1930 hat Südslawien Waren im Werte von 54,8 Millionen Mark nach Deutschland eingeführt. Dem Werte nach steht die Kupferausfuhr mit 17,48 Millionen Mark an erster Stelle. Mit einer Eiserausfuhr im Werte von 10,22 Millionen Mark war Südslawien im vorigen Jahr Deutschlands wichtigster Eisenerzlieferant. Außerdem lieferte Südslawien nach Deutschland in größeren Mengen noch Mais, Obst und Südsrüchte, Fleisch und Speck, Weizen, lebendes Vieh und Fische.

Deutschland hingegen führt nach Südslawien fast ausschließlich Fertigfabrikate aus: Eisenwaren, Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Erzeugnisse der feinen Mechanik, Textilien und Chemikalien. Der Südslawische Bauer schätzt die deutschen landwirtschaftlichen Maschinen und gibt ihnen vor den anderen den Vorzug. Im Ausfuhrhandel Südslawiens steht Deutschland hinter Italien und Oesterreich an dritter Stelle. Es nimmt nicht weniger als 11,6 v. H. der südslawischen Gesamtausfuhr auf. Im Einfuhrhandel Südslawiens nimmt Deutschland sogar, nur ganz knapp hinter der Tschechoslowakei, die zweite Stelle ein. Im vorigen Jahr lieferte Deutschland 17,5 v. H. der südslawischen Gesamteinfuhr. Ein noch weit günstigeres Bild ergibt sich, wenn einmal der Zollverein durchgeführt sein wird. Das deutsche Zollgebiet wird dann sowohl im Ausfuhr- wie im Einfuhrhandel Südslawiens an erster Stelle stehen. Die

Donnerstag Kabinettsitzung.

Berlin, 21. April. Der Osterurlaub der Reichsregierung geht seinem Ende entgegen. Bereits am Donnerstag werden sämtliche Reichsminister wieder in Berlin sein, am gleichen Tage findet bereits der erste Ministerrat statt. Die Reichsregierung findet insofern eine klare politische Lage vor, als die Tagung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei, die am Sonntag in Berlin stattgefunden hat, eine offene Vertrauensstimmung für den Reichkanzler Dr. Brüning darstellt, die um so wertvoller ist, als der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Dingeldey, die Stellung seiner Partei zu den übrigen politischen Gruppen deutlich abgegrenzt hat. In politischen Kreisen glaubt man, daß diese zielichere Haltung der Volkspartei ihren Eindruck auf die benachbarten Gruppen der gemäßigten Rechten nicht verfehlen wird. Die parlamentarische Grundlage, auf die sich das Kabinett Dr. Brüning stützt, ist durch die Beschlüsse des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei nicht unwesentlich verstärkt worden, so daß Brüning zur Bewältigung der neuen Aufgaben, die jetzt an ihn herantreten, freie Bahn hat.

Diese Aufgaben liegen auf innen- und außenpolitischen Gebieten. Innenpolitisch geht es vornehmlich und zunächst um zwei Dinge: einmal um die Festlegung derjenigen Maßnahmen, die zur weiteren Stützung der deutschen Landwirtschaft notwendig erscheinen, und weiter um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Zweifellos wird Reichsernährungsminister Schiele dem Kabinett gewisse zollpolitische Maßnahmen vorschlagen, ohne daß es aber darüber bereits in den nächsten Tagen zu einer Beschlusfassung kommt. Man verrät kein Geheimnis, wenn man darauf hinweist, daß man innerhalb des Kabinetts über die Zweckmäßigkeit gewisser zollpolitischer Forderungen der landwirtschaftlich orientierten Gruppen keineswegs einig ist. Dabei geht die Opposition namentlich vom Reichsarbeitsminister Stegerwald aus, der aber mit seinen Ansichten innerhalb der Reichsregierung keineswegs vereinzelt dasteht. Es wird sich also abermals darum handeln, die Belange der Landwirtschaft mit denjenigen vor allem der deutschen Ausfuhrindustrie auf einen Nenner zu bringen. Was die Arbeitslosenfrage anbelangt, so wird den zukünftigen Arbeiten des Reichskabinetts das von dem sogenannten Braunsauerschuss ausgearbeitete Gutachten zugrunde liegen. Dies Gutachten hat in gewissen Kreisen enttäuscht. Alle Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit können aber nach Lage der Dinge, solange nicht eine organische wirtschaftliche Gesundung plattgeirrt, nur Stückwerk bleiben. Stark bekämpft wird von gewissen Kreisen der Industrie noch der Plan der Einführung der

40-Stundenwoche, der aber vom Reichskabinett mit entsprechendem Vorbehalt angenommen werden dürfte. Eine dritte Frage, die aber weniger dringlich ist, stellt die Reichsreform dar; hier wird ein umfassender Bericht des Reichsinnenministers Dr. Wirth erwartet. In politischen Kreisen hat man jedoch den Eindruck, daß gerade in diesem Punkte in der nächsten Zeit grundlegende Veränderungen nicht zu erwarten sind. Dazu ist das Vorfeld zwischen Reichsregierung und den Länderregierungen nicht genügend bereinigt; es ergeben sich da namentlich Reibungsmöglichkeiten mit der Bayerischen Volkspartei, die aus koalitionspolitischen Gründen im Reich nicht erwünscht sind. Es dürfte also vorerst lediglich zu einer rein akademischen Behandlung der Reichsreformfrage kommen.

Auf außenpolitischem Gebiete ist die Tagung des Studienausschusses des Europaausschusses in Genf und hauptsächlich auch diejenige des Völkerbundes vorzubereiten. Beide Tagungen erhalten ihr besonderes Gepräge durch die Erörterung des deutsch-österreichischen Zollvereinsplans. Der Standpunkt der deutschen Regierung in dieser Frage ist bekannt; er wird auf beiden Tagungen folgerichtig, wie es von Anfang an geschehen ist, vertreten werden. Selbstverständlich wird die Reichsregierung auch ihr Augenmerk auf den in Aussicht genommenen Besuch in Chequers richten. Soll diese Begegnung zwischen den Führern der deutschen und englischen Ministern nicht zu einem reinen Höflichkeitsakt werden, dem größere politische Bedeutung abgesprochen werden müßte, so muß er bis in alle seine Einzelheiten gründlich überlegt werden. Dieser Besuch muß den Auftakt einer auf lange Sicht eingestellten Außenpolitik bilden. Dabei wird man um Fragen des internationalen Kredits und namentlich auch die Reparationsfrage nicht herumkommen. Im Zusammenhang damit ist der Besuch des amerikanischen Botschafters Sackett am gleichen Donnerstagsvormittag beim Reichsaußenminister Dr. Curtius bemerkenswert. Es wird in ernsthaften politischen Kreisen angenommen, daß dieser Besuch in unmittelbarem Zusammenhang mit der künftigen Stellung Deutschlands zur Reparationsfrage und auch mit der Unterredung in Chequers steht.

Reichkanzler und Reichsaußenminister verlassen Badenweiler.

Freiburg i. Br., 21. April. Reichkanzler Dr. Brüning hat am Sonntagnachmittag Badenweiler im Auto verlassen und sich nach dem Schwarzwaldort Freudenstadt begeben. Auch Reichsaußenminister Dr. Curtius verläßt heute nachmittag nach dreiwöchigem Aufenthalt Badenweiler. Er wird mit dem jahresplanmäßigen Schnellzug in die Reichshauptstadt zurückkehren.

Die Sachverständigen über Kürten.

Düsseldorf, 21. April. Am heutigen achten Verhandlungstage erfolgte die Vernehmung der Sachverständigen. Prof. Dr. Scioli, Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Düsseldorf-Grafenberg, der zuerst gehört wurde, erklärte, daß sich drei Psychiatergruppen mit Kürten befaßt haben, so daß eine Spezialisierung des Gutachtens möglich sei. Der Sachverständige sagte aus, daß die Taten Kürtens nicht im Zeichen krankhafter Geistesverfassung begangen worden seien. Eine organische Geisteskrankheit war nicht festzustellen, ebenso keine unerklärlichen Gemütsbewegungen. Auch ein formelles ständes Denken war nicht festzustellen. Bezüglich der von Kürten erwähnten sogenannten Sühneidee wurde erwähnt, daß diese Idee keine Wahndee war, sondern nur ein Ausfluß der Phantasieaktivität und der Wahnträume, denen sich der Angeklagte hingab. Diese Art von Idee ist nicht krankhaft. Der Sachverständige erklärte weiter, typisch sei Kürtens Großmannsicht. An-

schließend könne man sagen, daß eine Geisteskrankheit bei dem Angeklagten nicht vorliege. Es bestehe auch keine Bewußtlosigkeit krankhafter Natur, da er ein ausgeglichenes Gedächtnis habe. Eine Vererbung komme bei Kürten ebenfalls nicht in Frage. Geisteskrankheit sei in seiner Familie nicht vorgekommen, wohl aber Neigung zur Trunksucht und kriminelles Verhalten. Aber deshalb müßte Kürten nicht in dieser Weise kriminalisiert werden. Wenn auch das Milieu in seiner Familie denkbar schlecht war, so dürfte er doch nicht schrankenlos und verantwortungslos allen Regungen nachgeben. Nach diesen Aussagen entspann sich eine längere Diskussion. Auf eine Frage des Verteidigers, der sich der Staatsanwalt anschließt, ob die klinische Untersuchung ein Jahr nach der letzten Mordtat einen sicheren Schluß zulasse, erklärte der Zeuge: „Auf Grund der ganzen Taten muß ich sagen, daß keine Geisteskrankheit vorlag. Gerade der Fall Hahn zeigt vom Anfang bis zum Ende eine klare Ueberlegung.“

Südslawischen Wirtschaftsführer wissen das auch sehr genau und stellen sich darauf schon jetzt ein.

In Südslawien wünscht man von ganzem Herzen eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland. Man will dabei natürlich die wirtschaftlichen Beziehungen vor allem mit der Tschechoslowakei nicht abreißen lassen, was ja eben erst durch den Abschluß des Handelsvertrages zum Ausdruck gekommen ist. Vorsichtig umgehen muß man auch mit Frankreich, dessen Kapitalkraft man zum Aufbau des Landes braucht. Für den Absatz der südslawischen Agrarprodukte kommen alle diese Länder aber weniger in Frage. Absatzmärkte in erster Linie aber sucht Südslawien, Absatzmärkte, wie sie das industrialisierte Mitteleuropa bieten kann. Auf dieser Grundlage glaubt man, mit Deutschland in ein wirtschaftliches Einvernehmen zu kommen.

Langsam hat Deutschland — die steigenden Einfuhrzahlen beweisen es — wirtschaftlich in Südslawien Fuß ge-

faßt. Zu unserer Genugtuung haben sich auch die Beziehungen des südslawischen Staates zu der anscheinlich deutschen Minderheit in Südslawien in der letzten Zeit besser gestaltet. Die deutschen Industriellen werden sich auf ihrer Reise durch eigenen Augenschein überzeugen, in welchem Umfange sich die deutsche Mitarbeit an der Wirtschaft Südslawiens lohnt.

Rangiermaschine fährt Personenzug in die Flanke.

20 Verletzte.

Böblingen, 21. April. Eine Rangiermaschine fuhr gestern abend einem in Richtung Lebach (Saar) abfahrenden Personenzug in die Flanke. Der letzte Wagen stürzte um. Etwa 20 Personen wurden leicht verletzt. Zum größten Teil konnten sie ihre Reise nach ärztlicher Behandlung fortsetzen.